

Deutschland macht mich ratlos

Ilana Hammerman [1]

Der FREITAG

Saftige Wiesen, kristallklare Seen, malerische Dörfer und am Horizont die Alpen: Bayern ist wunderschön und voller Heiterkeit, weswegen ich im vergangenen Jahr entschied, meinen Urlaub während der jüdischen Neujahrsfeiertage hier zu verbringen. Eine sanfte Herbstsonne begrüßt mich am Tag nach meiner Ankunft und ich mache mich auf den Weg zu meiner ersten Radtour.

Den Windungen des Flusses Lech folgend radele ich bis nach Landsberg, der Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Ihr mittelalterlicher Charme, so lese ich in einer der Broschüren, die in meinem Hotel ausliegen, sei prächtig erhalten, was sich toll anhört, da ich wenige Dinge so sehr mag wie mittelalterliche europäische Städte. Nach einer zweistündigen Radtour sitze ich mit einem Eisbecher auf einer Bank am alten Hauptplatz, der eindrucksvoll restauriert und aufgeputzt worden ist, von den Pflastersteinen bis zu den pastellfarbenen Hausfassaden und reich verzierten Dächern.

Aber schon jetzt, noch ganz am Anfang meines Urlaubs, habe ich auf einmal das Gefühl, dass ich womöglich einen Fehler gemacht habe, als ich mich dafür entschied, hierherzukommen. Tatsächlich bringt mich mein Urlaub schnell an Orte, an denen ich auf keinen Fall sein will.

Ein Wallfahrtsort der Nazis

Das passiert, als ich auf meinem Smartphone auf Wikipedia den Eintrag „Landsberg am Lech“ anklicke. Jetzt sehe ich, dass es darin einen besonderen Abschnitt über die Geschichte Landsbergs unter der Naziherrschaft gibt, ja sogar einen Hauptartikel, in dem es nur um dieses Thema geht. Ich lese:

In Landsberg schrieb Hitler *Mein Kampf*, als er dort nach seinem Münchner Putschversuch im Jahr 1923 im Gefängnis saß. Dadurch wurde die Stadt zu einem Wallfahrtsort der Nationalsozialisten und von 1937 bis 1945 sogar neben München, der „Stadt der Bewegung“, und Nürnberg, der „Stadt der Reichsparteitage“, zur drittichtigsten Stätte des Nationalsozialismus. Ein Treffpunkt der Hitlerjugend, deren Mitglieder hier aufmarschierten und sich zu Reden und Kundgebungen auf dem malerischen alten

Hauptplatz versammelten. Ich blicke auf und betrachte ihn noch einmal. In der Zelle Nummer 7, der ehemaligen Gefängniszelle Hitlers, bekamen die Jugendlichen ein Exemplar von *Mein Kampf* überreicht.

Außerdem erfahre ich von der Webseite, dass der Stadt, entgegen den offiziellen Darstellungen der Behörden, ihre exponierte Stellung nicht „von außen übergestülpt“ wurde. Im Gegenteil, sie selbst vermarktete sich bereits ab 1933 mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln als „Stadt des Führers“, als Stadt, in der die Ideen der nationalsozialistischen Ideologie geboren wurden, und profitierte von dem wirtschaftlichen Wohlstand, den der Hitlertourismus ihr bescherte.

Die Stadt und ihre malerische Umgebung, so lese ich weiter, spielten am Ende des Zweiten Weltkriegs eine besonders schreckliche Rolle: Im Sommer 1944 begann hier die Errichtung des größten Konzentrationslagerkomplexes innerhalb der Reichsgrenzen: zwölf Lager, alle als „Kaufering“ bekannt, wie der Bahnhof in der Nähe von Landsberg, der bis heute als zentraler Eisenbahnknotenpunkt dient. Ab September 1944 wurden Häftlinge, zumeist Juden, aus den Ghettos und Konzentrations- und Vernichtungslagern im Osten zu diesem Bahnhof gebracht und von hier auf die Lager verteilt. In einem Lager wurden auch französische Widerstandskämpfer inhaftiert.

Die Häftlinge mussten als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie schuften, die Deutschland vor der immer näher rückenden Niederlage retten sollte. Viele Gefangene verloren ihr Leben bereits in den Viehwaggons, die sie nach Kaufering brachten. Hunderte und Tausende von Menschen starben in den folgenden Monaten in den Lagern, an Hunger, verschiedenen Krankheiten, weil sie erfroren, erschossen wurden oder zu Tode gefoltert. Ende April 1945, am Vorabend der endgültigen Niederlage, evakuierten die Deutschen die Überlebenden aus den Lagern, damit, wie es Himmler befahl, kein einziger KZ-Häftling lebend in die Hände der Alliierten fallen würde. So zog der Marsch der Frauen und Männer aus den Lagern – erschöpft und krank, abgemagert bis auf die Knochen – durch die Altstadt von Landsberg, vor den Augen der Bürger der Stadt: ein weiterer Todesmarsch, für dessen Durchführung das zusammenbrechende Deutschland immer noch die Willenskraft fand.

Es ist das gleiche Altstadtviertel, durch dessen Gassen ich heute spaziert bin und auf dessen Hauptplatz ich sitze, so wie viele andere zufriedene Touristen, die meisten davon Deutsche – jetzt bin ich völlig verstört.

Dieses Land, dessen Söhne meine Großeltern ermordeten und dessen Nachgeborene mich mit Stipendien ausgezeichnet und in seine akademischen Einrichtungen

aufgenommen hatten, dieses Land, dessen Sprache und Kultur ich kennengelernt und dessen Geschichte und Literatur ich erforscht habe, in dem ich viele Jahre gelebt und Beziehungen geknüpft habe - dieses Land macht mich immer wieder ratlos.

Meinem Urlaub ist der Boden entzogen: Bald darauf erfahre ich, dass es kein Zufall war, dass ich über diesen Lagerkomplex, der dem KZ-Dachau angegliedert war, nichts weiß. Jahrzehntlang versuchten Anwohner und Behörden nach dem Krieg, die Existenz dieser Lager zu ignorieren und sie der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. An dem Ort, wo die Häftlinge Bunker für die nationalsozialistische Rüstungsindustrie gebaut hatten, am Stadtrand von Landsberg am Lech, befindet sich heute ein Gewerbegebiet. Die Überreste der Baracken, in denen die Zwangsarbeiter und ihre Wächter untergebracht waren, wurden beseitigt. Erst in den frühen 1980er Jahren entstand eine gemeinnützige Organisation, deren Mitglieder sich dafür einsetzten, die Verbrechen, die vor ihrer Haustür begangen worden waren, zu erforschen und Gedenkstätten an den Massengräbern der Opfer zu errichten. Heute steht die Information allen zur Verfügung, die darüber mehr erfahren möchten - und das will ich nun tun.

Floskeln für die Toten

Ich bitte einen deutschen Bekannten meiner Generation - wir gehören beide der „zweiten Generation“ an, jeweils der nach jener der Henker und ihrer Opfer -, mich mit seinem Auto zu fahren und die Gedenkstätten mit mir zu besichtigen. Er stimmt zu und ist sich sicher, die Orte problemlos finden zu können. Als die Initiative einst ins Leben gerufen worden war, hatte er ihre Aktivitäten verfolgt und einige der Gedenkstätten besucht.

In der lieblichen Landschaft rund um Landsberg/Kaufering ist es aber keine leichte Aufgabe, die Gedenkstätten für die Ermordeten zu finden. Wir folgen einer Karte, die wir aus dem Internet heruntergeladen haben, und fahren auf den Landstraßen kreuz und quer, bis wir den ersten Hinweis finden, ein niedriges weißes Schild am Anfang einer Schotterstraße: „KZ-Friedhof 100 m“.

Wir gehen zu Fuß weiter. Der Weg teilt sich in mehrere kleinere Pfade. Wir probieren den einen, dann den anderen, schließlich führt uns ein weiterer zu einem kleinen Areal, von einer niedrigen Steinmauer umzäunt, ein Tor mit einem Davidstern und gegenüber die Gedenkstätte.

Wir bleiben eine lange Stunde dort, trostlos und schweigend, jeder in seinen Gedanken und Erinnerungen gefangen, dann kehren wir zum Auto zurück, um unseren Weg fortzusetzen. Aber die anderen Wegweiser sind genauso unauffällig, und wir können nur einige der Denkmäler finden. Jedes von ihnen hat eine Inschrift im Gedenken an

Hunderte, die dort begraben sind, manchmal auf Deutsch, manchmal auf Deutsch und Hebräisch, manchmal nur auf Hebräisch, also in einer Sprache, die weder mein Begleiter noch seine Landsleute verstehen. Sei's drum, ohnehin sind die geschriebenen Worte bloß hohle Floskeln, von der Art, an die ich als Israeli seit meiner Kindheit gewöhnt bin: von Heiligen, Reinen und Gerechten, die von verfluchten Bösewichtern ermordet worden waren, von jenen, die der Hass erniedrigt, aber das Leid erhoben und geadelt hatte, und weitere solche Phrasen ohne menschlichen oder politischen Bezug zu dem Geschehen in jenen Jahren in Europa. Eine Inschrift ist in deutscher Sprache verfasst: „Durch die Nacht zum Licht! Hier ruhen KZ-Opfer“. „Was zum Teufel ist das“, frage ich meinen deutschen Bekannten, „zu welchem Licht sind die Opfer gegangen?“ Und er, ein politisch aktiver Mann mit kritischem Verstand, der bei Kriegsende ungefähr sechs Jahre alt war, sagt ohne offensichtlichen Zusammenhang: „Weißt du, es war die Generation meiner Eltern, die all diese Verbrechen begangen hat.“ Dann schweigen wir wieder.

Ich frage mich, wer unter den Deutschen, abgesehen von ihm und ein paar anderen, sich die Mühe machen würde, solche verborgenen Denkmäler zu suchen? Wer will sich daran erinnern und mahnen, dass das heutige Deutschland im Umgang mit den politischen Lehren der Vergangenheit versagt? Mehr darüber in Kürze.

Wie auch immer, die kleinen Steine auf den Mauern und einige private Gedenktafeln mit den Namen und den Geburts- und Sterbedaten einiger Toter, die wenigstens dem Vergessen entrissen wurden, weisen darauf hin, dass die meisten Besucher anscheinend jüdische Nachfahren sind, die hier einem Vater, einer Mutter, einer Großmutter, einem Bruder oder einer Schwester ein ehrendes Andenken bewahren.

Unsere Karte besagt, dass die Wohnbaracken der Häftlinge in einem der zwölf Lager erhalten sind: Kaufering VII, und dass auch dieser Ort heute ein Denkmal ist, eine „Europäische Holocaust-Gedenkstätte“. Stundenlang suchen wir vergebens danach – kein Verkehrsschild zeigt uns den Weg. Es wird schon dunkel, als wir an einer Stelle vorbeifahren, an der wir vorher zumindest dreimal vorbeigefahren sind, erst jetzt sehen wir das kleine Schild, das den Weg dorthin zeigt.

Als wir ankommen, wartet auf uns eine noch ärgerlichere Überraschung: Das Tor ist verschlossen. Auf beiden Seiten befinden sich detaillierte Tafeln in englischer und deutscher Sprache, die unter anderem erklären, dass die Bauten aus Beton und Ton die letzten im Originalzustand erhaltenen Baracken von KZ-Häftlingen in der BRD sind und dass sie vor einigen Jahren unter Denkmalschutz gestellt und zu Bauwerken „von nationaler Bedeutung“ erklärt wurden. Aber keines dieser Schilder erwähnt, wann – wenn überhaupt – dieses Tor für Besucher offen ist.

Ein Vorfall in München

Wir gehen den Drahtzaun entlang und stellen fest, dass vor uns Besucher hier waren, die darauf bestanden hatten, einzutreten, und den Zaun auf die Hälfte seiner Höhe heruntergetreten hatten. So betreten auch wir das Gelände und nähern uns den Bauten. Einige sind in ihrer Gesamtheit erhalten, auch sie sind verschlossen. Durch die Fenster ist es möglich, in die Dunkelheit dieser leeren Räume zu blicken, wo man sich das Leid der Menschen kaum noch vorstellen kann, die hier zusammengedrängt waren. In einem weiteren Bau sehen wir, dass darin Ausgrabungen stattfinden. Wie ich auf einem Plakat entziffern kann, werden sie „Archäologische Ausgrabungen“ genannt. In meiner aufgestauten Wut interpretiere ich das, als wolle man damit sagen, dass die Verbrechen an diesem Ort, wenn nicht auf einem anderen Planeten, zumindest vor Menschengedenken begangen wurden.

Einer der Überlebenden, Dr. Albert Menashe aus Thessaloniki, dokumentierte bereits 1947 in einem schmalen Erinnerungsbuch das Leben und Sterben in diesen Lagern.

Gemeinsam mit Zehntausenden anderen griechischen Juden wurde er aus seiner Stadt deportiert, in Auschwitz-Birkenau gefangen gehalten und bei Kriegsende hierhergebracht, um als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. Von Thessaloniki nach Birkenau, von Birkenau quer durch Deutschland in Viehwaggons, von Stadt zu Stadt, von Lager zu Lager, bis nach Kaufering: Was für ein Wahnsinn – das Werk von Schergen des Nazi-Staates, gewöhnlichen Menschen, Soldaten und Zivilisten –, einen derartigen Aufwand zu betreiben, um einen Menschen aus Thessaloniki in Griechenland bis zu einem Städtchen in Bayern zu karren, um ihn bis zum Letzten zu einer nunmehr nutzlos gewordenen Schinderei zu zwingen!

Der Autor des Buches beschreibt die Begegnung mit den Anwohnern auf dem Weg zum Konzentrationslager Kaufering VII so: „Umringt von Polizeihunden und SS-Soldaten machten wir uns auf den Weg, eine lange Kolonne zerlumpter Kreaturen. Der Schnee fiel ohne Unterlass. (...) Schließlich gingen wir durch ein kleines Dorf, Kaufering, (...) und die Bauern dort starrten uns neugierig an. Kleine Kinder gingen zur Schule, die Frauen zum Markt. Zwei ganze Jahre lang waren wir von dieser Welt der Lebendigen abgeschnitten gewesen und hatten diese Bilder des Alltags vergessen. Einige von uns schluchzten, sie dachten an ihre toten Liebsten (Anmerkung der Autorin: In Birkenau verlor Menashe seine Frau, seine Tochter und vier Schwestern). Andere träumten von Freiheit. Aber schnell brachten uns das Bellen von Hunden und die Schreie ‚Schnell‘ und ‚Weitergehen‘ zurück in die traurige Wirklichkeit. Wieder wurden wir zu elenden menschlichen Ruinen, die jetzt vielleicht ihre letzten Schritte machten. Wir gingen weiter, rutschend und stürzend auf dem gefrorenen Boden. Wir standen sofort wieder auf, aus lauter Angst vor den Hunden. Schließlich tauchten am

Horizont ein Stacheldrahtzaun und Wachtürme auf.“

Zur selben Zeit, als ich die Grausamkeiten entdeckte, die hier an meinem idyllischen Urlaubsort begangen worden waren, und die halb versteckten Orte, die an sie erinnern sollen, ereignet sich nicht weit entfernt in München, der ehemaligen Hauptstadt der nationalsozialistischen „Bewegung“, ein kleiner Vorfall, der für den jetzigen deutschen Zeitgeist typisch ist: Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München, fordert den katholischen Wohlfahrtsverband Caritas auf, den Vertrag für die Anmietung von Räumlichkeiten für eine kleine Aktivistengruppe namens „Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe“ zu kündigen. Die Aktivisten haben vor, dort eine Diskussion mit einem Journalisten des *Spiegel* zu veranstalten, der an einem investigativen Artikel über die fragwürdigen Aktivitäten einer pro-israelischen Lobby-Gruppe mitgewirkt hat. Besagte Gruppe fordert deutsche Politiker auf, die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung zu unterstützen und Veranstaltungen, die von Kritikern dieser Politik organisiert werden, als antisemitisch zu deklarieren, selbst wenn diese Kritiker selbst Juden sind. Ihr größter Erfolg war die bizarre Resolution, die 2019 vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen wurde, um die BDS-Bewegung (ein gänzlich marginales Phänomen in Deutschland) als antisemitisch zu bezeichnen. Der *Spiegel*-Artikel wird daraufhin selbst als „antisemitisch“ bezeichnet, was die Redaktion dazu veranlasst, einen weiteren langen, sehr peniblen Artikel zu veröffentlichen, der die faktische Grundlage des ersten Artikels bestätigt. Leider ist die Präsidentin der jüdischen Gemeinde in München dadurch nicht zu überzeugen. Sie sieht die bloße Vermietung des Raumes für einen Vortrag des Journalisten „im besten Fall als gefährliche Achtlosigkeit“ (das heißt im schlimmsten Fall als einen antisemitischen Akt) und warnt die Caritas, dass sie sie nicht länger als „verlässlichen Partner im Kampf gegen Antisemitismus“ betrachten könne, wenn sie die Raumüberlassung nicht überdenke. Die katholische Organisation ist alarmiert, entschuldigt sich und kündigt den Vertrag mit der Gruppe. „Antisemitismus hat bei uns natürlich keinen Platz“, erklärt die Sprecherin der Caritas. Der Journalist sagt seinen Auftritt ab.

Bald darauf droht der Bürgermeister von Frankfurt am Main mit der Streichung von öffentlichen Geldern für den Club Voltaire, weil der eine Diskussion über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland in Bezug auf Kritik an der israelischen Politik organisiert hat. In einer Pressemitteilung nennt der Bürgermeister zwei Redner der Veranstaltung namentlich und sagt: Wer „diesen Leuten eine Bühne gibt, fördert die Judenfeindlichkeit in unserem Land“. Eine der beiden ist Jüdin, der andere Palästinenser, beide sind deutsche Staatsbürger.

Zwar entscheiden Gerichte gegen die Raumkündigungen, aber aufgrund der Anti-BDS-

Kampagne, die unter dem Deckmantel der Antisemitismusbekämpfung in letzter Zeit in Deutschland geführt wird, schrumpft die Zahl von öffentlichen und Privatpersonen, die bereit sind, Räume an Organisationen zu vermieten, die eine kritische Haltung zur israelischen Politik in dem Konflikt mit den Palästinensern einnehmen. Zugleich sind Politiker, Medienvertreter und Intellektuelle immer vorsichtiger darin, die desaströse Politik Israels öffentlich zu verurteilen. Eine Politik, die sich in den letzten Jahren nicht einmal mehr bemüht, die nationalistische und rassistische Ideologie, auf der sie aufbaut, zu verbergen.

Während meines Urlaubs erfahre ich noch von anderem, das in München passiert. Im Jahr 2004 verbot der Stadtrat das Stolpersteine-Gedenkprojekt auf öffentlichem Grund, bei dem kleine Messingtafeln zum Gedenken an die von den Nationalsozialisten getöteten Menschen angebracht werden: Juden, Roma und Sinti, Schwule, Opfer der „Euthanasie“, politische Aktivisten und so weiter. Das Projekt – eine Idee, die Anfang der neunziger Jahre durch den deutschen Künstler Gunter Demnig konzipiert wurde – umfasst heute über siebzigtausend solcher Steine in vielen Städten in ganz Europa und verankert die Erinnerung an die Menschen und an das Verbrechen, dem sie zum Opfer fielen, im öffentlichen Raum – und mahnt damit die Verantwortung der Zivilgesellschaft an, sich auch im Alltag daran zu erinnern und Lehren daraus zu ziehen.

Nun, die Stadt München hat dieses Projekt abgelehnt und weigert sich bis heute, dazu gestellten Anträgen von Verbänden und Einzelpersonen auf öffentlichem Grund zuzustimmen. Einer der Gründe für die Ablehnung ist die offizielle Position der israelitischen Kultusgemeinde, deren Präsidentin die Stolpersteine als Verletzung der Würde der NS-Opfer betrachtet, weil Passanten darauf mit Füßen treten.

Anfang 2018 forderte auch ein Landtagsabgeordneter der AfD, die Umsetzung des Projekts in seiner Stadt Singen einzustellen, als dort ein Stolperstein für den in Buchenwald ermordeten Kommunisten Ernst Thälmann verlegt werden sollte. Der Abgeordnete nutzte die Gelegenheit, um nicht nur gegen die deutschen Kommunisten zu wettern, sondern auch gegen das Gedenkprojekt als solches – sowohl, weil Menschen gedankenlos auf die Steine träten, als auch, weil die deutsche Erinnerungskultur an die Nazi-Opfer immer mehr zu einer „Erinnerungs-Diktatur“ verkomme, die den Bürgern aufgezwungen werde. Seine Forderung wurde zurückgewiesen – einstweilen.

Über das Verbot in München erfahre ich von Reiner Bernstein, der sechs Jahre lang die Stolperstein-Initiative in der Stadt leitete. Sein Engagement führte vor einem Jahr dazu, dass Arye Sharuz Shalicar, ein in Deutschland geborener und in Israel lebender Regierungsbeamter und Wortführer der hiesigen Israel-Lobby, eine Schimpftirade gegen ihn losließ. Shalicar, Major der Reserve der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) und

ehemaliger IDF-Sprecher, leitet derzeit die Abteilung für Außenbeziehungen des israelischen Geheimdienstministeriums. Er schrieb in seinem Buch *Der neu-deutsche Antisemit*: „Reiner Bernstein liebt tote Juden in Deutschland und ehrt sie mit Stolpersteinen, aber mit lebendigen Juden in Israel hat er ein Problem, weshalb er eine Organisation unterstützt, die zum Boykott lebendiger Juden aufruft (...) Bernstein ist ein Jude, der an Selbsthass leidet. Ich glaube, dass er es hasst, Jude zu sein und insgeheim sich wünscht, er wäre kein Jude. Bernstein lebt in einer Fantasiewelt. Er ist Jude und wird Jude bleiben, ganz gleich, wie sehr er es hasst, Jude zu sein.“ Das ist die vulgäre Beschreibung eines moralisch aufrechten Mannes, der vor achtzig Jahren als Sohn deutscher protestantischer Eltern geboren wurde und weder Jude noch Unterstützer eines Israel-Boykotts ist.

Ein verstörendes Puzzle

Nach meinem Gespräch mit Bernstein besuche ich zum ersten Mal den Ort in München, an dem es doch so etwas wie Stolpersteine gibt - zum Gedenken an die mutigen Mitglieder der Weißen Rose, die damals an der Ludwig-Maximilians-Universität studierten. Auf dem großen Platz vor der Universität sind Nachbildungen der Flugblätter in den Boden eingelassen, welche die Weiße Rose gegen das NS-Regime verteilte, und Fotografien der jungen Helden, die 1943 gefoltert und hingerichtet wurden.

An diesem Ort gibt es keine Befürchtungen, dass ihre Würde verletzt werden könnte, im Gegenteil. Hier werden die Passanten aufgefordert, sich an sie, an ihre Zivilcourage im Herzen der einstigen Nazi-Stadt und an den schrecklichen Preis, den sie zahlten, zu erinnern. Wer möchte, hält an und schaut hin, wer nicht möchte, ignoriert die Stolpersteine und setzt seinen Weg fort.

Meines Erachtens gibt es keinen würdevolleren und besseren Weg, um die Vergangenheit und ihre Lehren im öffentlichen Raum, dem Habitat des Nationalsozialismus, zu bewahren. Nachdem ich auch die Dauerausstellung im Universitätsgebäude besucht habe, die die Geschichte der Gruppe und ihrer Zerschlagung detailliert dokumentiert, kann ich mich nicht mehr konzentrieren, während ich die wundervollen Kunstmuseen der Stadt besuche. Tja, auch in München geht mein diesjähriger Herbsturlaub schief.

Er geht schief, weil sich all diese Einzelheiten in meinem Bewusstsein Schritt für Schritt zu einem beängstigenden und verstörenden Puzzle der Gegenwart zusammenfügen: meine Erlebnisse in Landsberg-Kaufering. Mein Herumirren auf der Suche nach den Denkmälern für die Zigtausende, die dort im Laufe der letzten Kriegsmomente gefoltert wurden. Die Verlorenheit all dieser Denkmäler in der blühenden bayrischen Landschaft. Die Berichte

über das manipulative Wirken einer Lobby, die die Politik einer rechtsextremen israelischen Regierung unterstützt. Die Art, wie sich das offizielle Deutschland gerade von der doppelten Verantwortung abwendet, die es aufgrund der NS-Geschichte trägt: einerseits die Verantwortung gegenüber den tatsächlichen Gefahren für die Juden in Israel, von denen viele nie auf die Idee gekommen wären, in einen jüdischen Staat im Nahen Osten zu ziehen, hätte Nazi-Deutschland nicht ihre Vernichtung angestrebt. Aber andererseits auch eine Verantwortung gegenüber dem Schicksal von Millionen von Palästinensern, denen durch die Politik der israelischen Regierung das Recht auf ein Leben in Freiheit, Würde und Frieden seit Jahrzehnten verwehrt wird. Schließlich die völlig verdrehte Kampagne gegen den angeblichen Antisemitismus von Kritikern der israelischen Politik.

All dies zeigt mir, dass in der Auseinandersetzung dieses Landes mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit etwas falsch läuft, heute vielleicht sogar mehr als je zuvor.

Wenn diese Auseinandersetzung richtig verlaufen wäre, würde dieses Land nicht eine Kampagne gegen die Palästinenser ins Zentrum seines Kampfes gegen den Antisemitismus stellen, sondern den Kampf gegen die extreme Rechte, die von Neuem in der deutschen Gesellschaft Fuß fasst. Schließlich können die meisten antisemitischen Vorfälle diesem Lager zugeordnet werden, darunter der mörderische Angriff in Halle (Saale) gegen eine Synagoge und einen türkischen Imbiss an diesem Yom Kippur.

Wenn Deutschland wirklich Verantwortung für seine Nazi-Vergangenheit übernehme, würde es kompromisslos die Lehren aus dem damaligen Hass auf den Anderen ziehen, aus der rassistischen Gesetzgebung, aus der Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat und dem Gebrauch von Waffengewalt zu diesem Zweck. Und Deutschland würde diese Lehren auch auf die Politik der israelischen Regierung anwenden, anstatt sie zu verdrehen und zu entstellen, um sich an deren Seite zu stellen, bis hin zur Diskreditierung aller ihrer Gegner als Antisemiten. Ganz im Gegenteil, die Bundesregierung hätte schon längst ihre führende Rolle in Europa und der Welt nutzen müssen, um Druck auf Israel auszuüben, damit es seine militärische und zivile Kontrolle über jene Gebiete beendet, die im Rahmen aller internationalen Resolutionen einem palästinensischen unabhängigen Staat zuzuweisen sind - und damit schrittweise die Schaffung von Bedingungen für eine friedliche Lösung ermöglicht.

Und das nicht nur aus moralischen Gründen. Aufgrund des tödlichen Waffenarsenals, das heute so vielen Akteuren im Nahen Osten zur Verfügung steht, ist Frieden die einzige Garantie für unser Fortleben als jüdische Minderheit in einer mehrheitlich muslimischen

Region. Dies ist die Wahrheit, ungeachtet der Frage, auf welcher Seite in diesem blutigen Konflikt die absolute Gerechtigkeit zu verorten ist, und ungeachtet, wie stark die militärische Übermacht Israels noch werden kann. Im Falle des Gebrauchs von Atomwaffen und Raketen mit einer Reichweite von Tausenden von Kilometern werden wir hier im Ernstfall ohnehin alle gemeinsam sterben.

„Nein, auch dort wollen sie anscheinend nicht, dass wir leben“, sage ich mir aufgewühlt in den Momenten, in denen mich Deutschland um den Schlaf bringt. Denn sonst würde Deutschland nicht die Solidarität mit der fatalen Politik der israelischen Regierungen der letzten Jahrzehnte ins Zentrum seines vermeintlichen Kampfes gegen den Antisemitismus stellen. Vielmehr würde es der Stimme von Juden und Israelis zuhören und ihnen eine Plattform geben, jener Stimme patriotischer Bürger, die sich der Politik ihrer Regierung in Israel widersetzen, auch wenn ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen immer stärker unter Druck gesetzt werden.

Dringendere Themen

Aber entsprechend der neuen Antisemitismus-Definition sind sogar wir dazu bestimmt, im heutigen Deutschland als Antisemiten angesehen zu werden, während Angehörige der dritten Generation nach dem Holocaust noch nicht in der Lage sind, den Imperativen ihres Gewissens zu folgen. Etwa ein Abgeordneter aus den progressiven Reihen des Bundestags, der vor ein paar Jahren zu mir sagte: „Sind Sie hier, uns zu berichten, was bei Ihnen los ist? Was in den besetzten Gebieten los ist? Denken Sie, wir wissen das nicht ganz genau? Aber uns klar dagegen auszusprechen, würde für uns den Verlust unserer politischen Einflussmöglichkeit in Deutschland bedeuten. Und die brauchen wir für dringendere Themen.“

In der Zwischenzeit hat er oder haben seine Parteigenossen womöglich für die Resolution des Bundestages gestimmt, die den Fokus des Kampfes gegen den Antisemitismus in Deutschland nicht auf den wachsenden Rassismus aus dem rechten Lager richtet – zwar wendet sich dieser Rassismus vor allem gegen die Muslime in Deutschland, aber er zielt auch immer wieder auf Juden und Jüdinnen, ganz egal, wie sie zu Israel stehen –, sondern auf die Bekämpfung der BDS-Bewegung und die Unterstützung der Politik der israelischen Regierung. Bei beidem geht es um den israelisch-palästinensischen Konflikt, nicht um Antisemitismus.

Von Kaufering über Landsberg und München bis zum Bundestag in Berlin läuft in Deutschland vieles zunehmend falsch. Am 27. Januar jährt sich die Befreiung von Auschwitz zum 75. Mal und die Lehren aus den NS-Verbrechen verblassen immer mehr.

Deutschland geht den einfachen Weg, es schützt nicht uns israelische Juden und Jüdinnen, sondern bedient seine politischen und wirtschaftlichen Interessen und stellt sich auf die Seite des - jüdisch-israelischen - Stärkeren auf seinem Weg ins Verhängnis. Das Herz und der Verstand wollen es kaum glauben.

[1] **Ilana Hammerman**, geb. 1944 in Haifa, studierte in Paris und Jerusalem, wo sie heute lebt. Sie promovierte, u.a. in Linguistik, in Bielefeld, ist preisgekrönte Übersetzerin vieler Werke aus - nicht nur - dem Französischen und Deutschen ins Hebräische, Autorin zahlreicher Bücher (z.B. *Ich wollte, dass du lebst. Eine Liebe im Schatten des Todes*) und Essays sowie Menschenrechtsaktivistin.

Der hier gedruckte Text erschien zuerst in der israelischen Zeitung Haaretz und wurde aus dem Hebräischen übersetzt von Yossi Bartal

Übernommen von **Der FREITAG**